Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. zuschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 11 3 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf, Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Steinhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 559. Halle, Dienstag, den 30. November 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Wirtschaftsfragen im Reichstage.

Gesonderte Abstimmung der auswärts wohnenden Oberschlesier? — Allgemeine Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland in Sicht.

Gefährdung der Kohlenablieferung.

W. T. B. meldet: In der Ablieferung der Wiedergutmachungssachen sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinwasserstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbare Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberrhein ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberrheinhäfen ganz ausgeschaltet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gehemmt. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teil auf die Eisenbahn umgelegt werden. Empfindliche Schäden entstanden und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeforderungen zu befriedigen, stoßen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnfrachten gar nicht in der Lage sind.

Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungskohle, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seehäfen geliefert werden darf, waren bisher erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischen Wagenmaterials zu erhalten, hat en nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohlen beladene Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen, sind auch nicht annähernd ausgeglichen durch Zurverfügungstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die Zweimillionen-Tonnenlieferung mit einem Fehlbetrag abschließt.

Die Völkerbundsversammlung.

In der Sitzung der Abrüstungskommission machte Lord Robert Cecil zu Beginn einige Ausführungen über die Wirtschaftsblockade. Nachdem er sich mit der Frage befaßt hatte, unter welchen Bedingungen eine Blockade in Betracht kommen könnte, schlug er vor, einen besonderen Dienst oder einfach einen Beamten des Sekretariats zu beauftragen, der detailliertes genau zu verfolgen habe, um den Rat über jede offizielle Verletzung des Paktes zu unterrichten. Dieses Vorgehen würde ermöglichen, die Wirtschaftsblockade schnell anzuwenden, ohne auf die Schaffung einer internationalen Blockadekommission zu warten, die der Rat befürwortete und deren schnelles Inkrafttreten Cecil wünschte. Millen (Australien verlangte, daß man für jeden einzelnen Staat die im Falle einer Blockade zu treffenden Maßnahmen festsetze, gewissermaßen gesetzlich regle. Die Lage hinsichtlich der Frage wechsle namentlich von Land zu Land. Es sei notwendig, daß das Verhalten eines jeden Landes festgelegt werde. Lange (Norwegen) unterstützte den Vorschlag Millen, wobei er sich auf das typische Beispiel seines eigenen Landes berief, dessen Handelsverkehr größtenteils auf der Schiffahrt beruhe und auf dem Export basiere. Motta (Schweiz) war zwar mit dem Vorschlag Cecils durchaus einverstanden, legte aber Wert darauf, an die besondere Lage zu erinnern, die sich für die Schweiz aus ihrer wirtschaftlichen Neutralität, ihrer wirtschaftlichen Lage und dem hohen Prozentsatz der in ihrem Gebiet lebenden ausländischen Bevölkerung ergebe. Fox (Holland) meinte, daß schließlich jedes Land darüber zu entscheiden habe, ob Artikel 16 bezw. die Blockade in Kraft gesetzt werden solle oder nicht. Der Rat könne die Mitglieder des Völkerbundes nur einladen, diese oder jene von ihm als notwendig erachtete Maßnahme zu ergreifen.

Nach eingehender Debatte, woran Filber (England), Schanzer (Italien), Ede'swärd (Schweden), Politis (Serbien), Lord Robert Cecil (Südafrika) und Bourgeois (Frankreich) teilnahmen, erklärte der Ausschuß auf Antrag Bourgeois in Anbetracht der Tatsache, daß der Rat einzig für die Anwendung des Artikels 16 verantwortlich sei, daß die Kommission, die mit der technischen Organisation der Blockade beauftragt ist, auf keinen Fall den Charakter einer ständigen Kommission annehmen dürfe. Schließlich ernannte die Kommission auf Antrag Branting einen besonderen Arbeitsausschuß.

Völkerbundstruppen für Wilna.

Am Sonnabend wurde der am 25. November vom Völkerbundsrat angenommene Bericht über die Organisation des internationalen Truppenkontingentes für das Wilnaer Gebiet den Mitgliedern des Völkerbundes zugestellt.

Das Kontingent soll eine belgische Kompagnie mit einer Maschinengewehrabteilung, je zwei englische, spanische und französische Kompagnien mit je einer Maschinengewehrabteilung und außerdem noch nicht festgesetzte dänische, holländische, norwegische und schwedische Kontingente umfassen. Den Befehl führt Oberst Chardigny. Der Bericht hebt hervor, daß die englischen und französischen Kontingente von Danzig und Memel aus gleichzeitig am 1. Dezember in Wilna eintreffen sollen, ohne deutsches Gebiet zu berühren. Die anderen Kontingente kommen vom Meer ab 1. Dezember. Die Verpflegungsbasis wird Danzig oder Warschau. In ersterem Falle würde die englische Basis nach Danzig verlegt werden können. Im zweiten Falle sollen nicht polnische, sondern französische Behörden in Warschau mit der Verpflegung betraut werden. Für die Kosten und den Unterhalt kommen die einzelnen Staaten auf. Die über das normale Maß hinausgehenden Kosten trägt der Völkerbund. Die Gesamtkosten für die Volksbefragung sollen von Polen und Litauen zurückerstattet werden.

Keynes gegen den Wiedergutmachungsausschuß.

Im Telegraaf bespricht der durch sein kritisches Buch über den Friedensvertrag bekanntgewordene englische Prof. Keynes das von dem amerikanischen Finanzmann und Berater Wilsons in Versailles, Baruch, verfaßte Buch über die Wiedergutmachung und die Wirtschaftsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages, das er ein aufrechtes Buch nennt, mit dem der Verfasser der Wahrheit einen Dienst erwiesen habe. Keynes schreibt unter Hinweis auf die Hoffnung, die Baruch „wie so viele andere, die sich innerlich wegen des Vertrages schämen", auf die Wiedergutmachungskommission setzt, je ner Ansicht nach sei auf diese Weise eine Rettung nicht mögl ch. Die Kommission habe selbst unter den eigenen Mitgliedern wenig Freunde und Bewunderer. Da ihre Arbeit keine Erleichterung bringe, so sei ihre Auflösung (wenigstens in der gegenwärtigen Form mit den augenblicklichen Vollmachten) eine Hauptbedingung für den Fortschritt. Keynes schreibt: „Es ist, als ob mit dem Ausblasen von Deutschlands Atem der Fluch, der Deutschland vernichtet hat, durch diejenigen eingeatmet werde, die diesem Lande gegenüberstanden. Der Geist, der den Einfall in Belgien beherrschte, hat in Paris triumphiert."

Die oberschlesische Frage.

Gesonderte Abstimmung der außerhalb Wohnenden?

Der Londoner Sonderberichterstatter der Agentur „Havas" meldet, daß am Sonnabend zwischen Leygues und Lloyd George über die Abstimmung in Oberschlesien verhandelt worden sei. „Um den Ungelegenheiten zu entgehen, die die Zureise von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte", seien zwei Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollten die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlage sollen sie außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der besetzten Zone, etwa in Köln, abstimmen. Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei beschlossen worden, den letzteren Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Werde er aber abgelehnt, so werde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Daß diese Vorschläge bereits beschlossen sein sollen, ist nicht gerade wahrscheinlich, denn vor der Teilnahme des Grafen Sforza an den Londoner Verhandlungen sollen diese, wie immer wieder betont worden ist, nur vorbereitenden Charakter haben.

Eine Rede Giesberts.

DA. **Köln**, 29. Nov. Reichspostminister Giesberts sprach gestern in einer von den Kölner christlichen Gewerkschaften abgehaltenen Versammlung. In seiner Rede sagte er u. a., daß die gegenwärtige Zeit schwere Aufgaben an die Arbeiterschaft und an das Bürgertum stelle. Gegenüber der Sozialisierung sei Vorsicht zu üben. So wie die Dinge heute in bezug auf die Regierungsautorität lägen, könne es nicht mehr länger weiter gehen. Er bedauerte den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung; diese habe damit eine große Verantwortung auf sich geladen. Zum Schluß erklärte Giesberts, alle Bürgerlichen müßten sich zusammenschließen und eine Einheitspolitik treiben nach folgenden Grundsätzen: Stärkung der Staatsautorität, Stützung der Politik und möglichste Verbreiterung der Plattform der Regierung.

Die Demokratentagung in Hannover.

DA. **Hannover**, 29. Nov. Zur Tagung des Hauptausschusses der deutschen demokratischen Partei und des demokratischen Preußentages waren hier die Führer der Partei und zahlreiche Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches erschienen, u. a. die Minister Fischbeck, Preuß, Gothein, Schiffer, Koch, ferner der bayerische Minister Hamm, der badische Minister Dietrich und die Führer des Deutschen Bauernbundes. Die Verhandlungen wurden ohne Zulassung der Presse geführt. Reichsfinanzminister a. D. Dernburg, der sprechen sollte, war am Erscheinen verhindert. Die Verhandlungen nahmen einen guten Verlauf und endeten am gestrigen Abend.

Friedensverhandlungen mit Rußland.

Die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Eröffnung allgemeiner Friedensverhandlungen mit der russischen Sowjet-Regierung wird bestätigt durch eine Meldung der in Brüssel erscheinenden „Libre belge", daß die französische und die belgische Regierung im Einverständnis mit der englischen Regierung gemeinschaftlich die Bedingungen eines Handelsvertrages mit Rußland prüfen muß. Gleichzeitig meldet dasselbe Blatt, daß der belgische Außenminister demnächst mit dem französischen Außenminister den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages prüfen werde.

Ersatz der Kriegsschäden.

Der Reichsrat nahm am Sonnabend in seiner Sitzung zunächst den Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 an. Der Gesetzentwurf enthält eine Erhöhung des Teuerungszuschlages bei Kinderzuschlägen in den Ortsklassen A, B und C auf 127, 160 und 175 Prozent.

Der Reichsrat beschäftigte sich sodann mit drei Gesetzentwürfen über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschadengesetz), über den Ersatz von Kriegsschäden im Auslande (Auslandsschädengesetz). Die höchste Entschädigung erhalten die aus früheren deutschen Reichsgebieten Verdrängten, etwas geringer werden die Kolonialdeutschen bedacht, und noch weniger erhalten die Auslandsdeutschen. Ein Vertreter Preußens wiederholte seinen bereits im Ausschuß abgelehnten Antrag, wonach die Entschädigung außer in Geld nur in Wertpapieren geleistet werden dürfte. Die drei Gesetze werden mit dem Zusatzantrag Preußens en bloc angenommen.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung. Montag, 29. November, 1 Uhr nachmittags.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts beim Haushaltsetat des

Reichswirtschaftsministeriums.

Der Berichterstatter Abg. **Dr. Rießer** (D. Vpt.) gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit des Ausschusses. Die bürgerlichen Parteien unterstützen einen Antrag Trimborn, unverzüglich eine Stelle einzurichten, die einen fortlaufenden Ueberblick erhält über alle Beschaffungen des Reichs.

Der Ausschuß beantragt die Annahme einer Reihe von Entschließungen, welche die Aufhebung der Verordnungen über die wirtschaftliche Demobilmachung betreffen, eine ordentliche Gesetzgebung auf dem Wege des gewerblichen Kredits verlangen, die Zuständigkeit des Reichswirtschaftsgerichts für alle wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen den Behörden fordern, eine Verminderung des Personalbestandes der Reichskommissariate für Ein- und Ausfuhrbewilligung und für die Kohlenverteilung wünschen und die Reichsregierung ersuchen, bei den neuerlichen Verhandlungen über ein Kohlenabkommen dahin zu wirken, daß Deutschland die notwendige Menge hochwertige Kohlen bekommt und die steigende Förderung der nordfranzösischen Zechen berücksichtigt wird. Schließlich wird noch eine Minderung der Papierpreise und eine Prüfung darüber verlangt, inwieweit die Reichszuschüsse für Papierlieferungen gemindert oder eingestellt werden können.

Reichswirtschaftsminister **Dr. Scholz**: Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, das Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt ein umfassendes Wirtschaftsprogramm vorzulegen. Es ist nicht unsere Absicht in dieser Zeit, wo noch alles in Fluß ist, ein festes Programm aufzustellen, aber

einige feste Grundsätze

lassen sich aufstellen. Zunächst der Umstand, daß unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage noch immer nicht feststehen. Wir müssen den Umfang unserer Verpflichtungen zahlenmäßig festgesetzt sehen. Der zweite Punkt ist das dauernde Schwanken unseres Geldwertes. Alles was eine Mobilisierung der Valuta begünstigen kann, muß gefördert werden. Das Kohlenabkommen von Spa, die Grundlage unserer Wirtschaft, ist in einer Weise erfüllt worden, die auch vom Auslande anerkannt wurde. Die Kohlenförderung ist erheblich gestiegen. Die kommenden Monate werden aber in folge der wesentlichen Verminderung der Arbeitstage durch die vielen bevorstehenden Feier age nicht unwesentliche Einbußen erleiden. Auch in Oberschlesien hat sich nach dem durch die Unruhen im August bedingten Rückgang eine neue wesentliche Erhöhung der Förderung bemerkbar gemacht. Immerhin konnten bei Gas, Elektrizität und Eisenbahn die Anforderungen nicht laufend erfüllt werden. Von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201130017/fragment/page=0001

wesentlicher Bedeutung aber ist, daß auch die Qualitätsfrage nicht befriedigend gelöst werden konnte. Eine Aufrechterhaltung des Kohlenabkommens von Spa auf längere Dauer ist unhaltbar. Sie würde das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands negativ beeinflussen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland erfreulicherweise zurückgegangen, sie beträgt aber immer noch 348 000, wozu 334 000 Familienangehörige hinzukommen. Das Ziel unserer inneren Politik ist die Entwickelung unserer Landwirtschaft. Deshalb ist die Beschaffung der Düngemittel die wichtigste Forderung, dazu kommt Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte. Die Verteilung der Nahrungsmittel soll durch die bei Einführung des freien Handels geschaffenen Reserven sichergestellt und damit ein Einfluß auf die Preisbildung genommen werden. Ein- und Ausfuhr müssen einheitlich geregelt werden. Da Streitigkeiten zwischen den Ressorts dabei nicht zu vermeiden sind, muß eine Stelle eingerichtet werden, welche hier bestimmend und vermittelnd eingreift. Die Einfuhr von Lebensmitteln muß begünstigt, die von Luxuswaren als zurzeit entbehrlich angesehen werden. Halosabrikate sollen zugelassen werden, soweit sie Deutschland braucht. Rohstoffe dagegen in vollem Umfange. Die Schaffung von Rohstofflager muß durch entsprechende Einrichtungen ermöglicht werden. Dazu muß eine weitgehende Nationalisierung der Industrie beitragen, eventuell eine Zusammenlegung von Betrieben. Die Herstellung von Luxusartikeln ist zu vermeiden. Die Idee einer Reichswirtschaftsbank ist bislang nicht im Kabinett erwogen worden. Der Reichswirtschaftsrat dagegen hat sich vor einigen Tagen einmütig auf eine Entschließung in diesem Sinne geeinigt, um der Not in der Industrie damit abzuhelfen. Die Regierung ist mit allen Mitteln auf einen Abbau der Preise bedacht, namentlich bei den Rohstoffen. Der Aufbau des Bauwesens muß sich nach den Stellen richten, wo die augenblicklichen Forderungen der Produktion das zunächst verlangen, zum Beispiel im Ruhrrevier.

Auch die Hebung unseres Verkehrswesens ist ein dringendes Erfordernis. Unsere Schiffahrt ist durch den Krieg auf 300 000 Tonnen beschränkt worden. Bis zum Wiederaufbau der Flotte haben die großen Reedereien Abschlüsse mit fremdländischen Firmen getroffen. Der Ausbau unserer inneren Wasserstraßen soll schon im Interesse der Arbeitslosen rasch gefördert werden. Deshalb müssen wir auf eine rechtzeitige Sicherung von Auslandsabsatzgebieten bedacht sein und uns schon jetzt entsprechend vorbereiten. Zur Gesundung unseres wirtschaftlichen Lebens hat es sich aber die Einführung eines Wirtschafts-Dienstjahres für notwendig. Eine Zentralisation des Wirtschaftslebens wird uns eben alls zur Gesundung helfen. Die Wirtschaft muß zur Selbstverwaltung kommen und die geplanten Wirtschaftsräte werden uns große Dienste leisten.

Abg. **Hoch** (Soz.): Alle wirtschaftlichen Maßnahmen der letzten Jahre haben die Not stets nur erhöht. Was soll nun geschehen? Darüber ist uns der Minister die Antwort schuldig geblieben. Bei der Einfuhr muß die größte Sparsamkeit obwalten. Wir dürfen nicht alles hineinlassen, was uns vom Ausland aufgehängt werden soll. Das einzelne Interessenkreise, zum Beispiel der Tabakhandel, Interesse an gehemmter Einfuhr haben, berechtigt ein. Sache der Reichsregierung aber ist, alle diese Interessenten zu einem allgemeinen Wirtschaftsrahmen zusammenzuführen. Die Preispolitik muß auch einen Unterschied zwischen lebensnotwendigen und weniger wichtigen Erzeugnissen machen. Beim Eisenbahnwesen würde ich der geplanten Tariferhöhung einen Zuschlag zu den bestehenden Tarifen vorschlagen. Die Bildung der großen Konzerne will nur die Machtstellung der Unternehmer stärken. Das ist für unsere Zeit unmöglich. Das Volk will sich nicht knebeln lassen. Die Herren Stinnes und Genossen wollen im Falle der Sozialisierung ihre Kraft der Allgemeinheit nicht zur Verfügung stellen. Wo bleibt da ihre Vaterlandsliebe? Das werden sich die deutschen Arbeiter nicht gefallen lassen. Sie verlangen Befreiung und deshalb die Vollsozialisierung der Bergwerke.

Die Kosten der Lebenshaltung steigen, wo bleibt aber die entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne und der Gehälter. Warum erfolgt keine automatische Erhöhung, die mit den Kosten der Teuerung Schritt hält. Das würde uns viele wirtschaftliche Kämpfe ersparen. Außerdem verlange ich eine klipp und klare Auskunft, wann die Sozialisierung durchgeführt werden soll. Die Regierung hat dort dem Reichswirtschaftsrat vorzuschreiben, wie er arbeiten soll. Die Auffassung der Regierung scheint darauf hinauszulaufen, den Reichswirtschaftsrat gegen den Reichstag auszuspielen. Das führt zu unmöglichen Verhältnissen.

Abg. **Klöckner** (Ztr.): Die Erhöhung der Kohlenförderung ist die wichtigste Aufforderung an das Reichswirtschaftsministerium. Auch ich hoffe, daß es gelingen wird, die Entente von ihrer Kohlenforderung abzubringen. Die Zahl der in Angriff genommenen Bergarbeiterwohnungen kann sich im nächsten Jahre in einem Mehrertrag von zwei Millionen Tonnen umsetzen lassen, ist also bei weitem noch nicht genügend. Der Minister sollte dafür sorgen, daß die Bergarbeiter die ihnen zugesicherten Rationen auch tatsächlich erhalten, was jetzt infolge des Wagenmangels fast niemals pünktlich zu statten geht. Auf dem Weltmarkt macht sich auf allen Gebieten, namentlich auf dem Eisen- und Stahlmarkt eine gewaltige Konkurrenz geltend. Möchte die Regierung dafür sorgen, daß alle Hemmnisse einer Ausfuhr beseitigt werden. Desgleichen muß sie in England und Amerika für die Aufhebung der Beschlagnahmen eintreten. Redner spricht zum Schluß dem Minister das Vertrauen aus, daß er uns mit sicherer Hand durch das Tal der Enttäuschungen führen wird.

Abg. **Dr. Reichert** (D. A.): Der Reichswirtschaftsrat ist eine Notwendigkeit, er muß nunmehr definitiv in die Verfassung eingeordnet werden und eine feste Stätte zugewiesen erhalten. Wird die Sozialisierungsfrage tatsächlich dem Gemeinwohl entsprechen? Jedenfalls soll man beim Wiederaufbau nicht etwa russische Interessen voranstellen. Die Sozialisierungskommission ist unnötig, der Fleiß unserer Bergarbeiter ist vorbildlich. Leider scheitert nun unser Vertragswille an Transportschwierigkeiten. Die Kohlenfrage ist die Frage der Gegenwart. Die Einfuhr kann nicht freigegeben werden, solange die Tendenz besteht, Luxuswaren einzuführen. Die Zollaufsicht ist mangelhaft.

Reichswirtschaftsminister **Scholz**: Ein großer Teil der gemachten Vorschläge betrifft gar nicht meinen Machtbereich. Das Kommunisierungsgesetz gehört nicht zu meinem Ressort, ist aber in Vorbereitung, wie ich erklären kann. Redner betont, daß seine Einfuhrpolitik einen durchaus einheitlichen Charakter mit der Ausfuhrpolitik tragen werde. Er warnt vor zu rascher Geschäftsmacherei, zumal sich auf der Rechten wie auf der Linken eine gewisse Geschäftsmüdigkeit entwickelt habe. Daß die Dividendenpolitik der großen Gesellschaften auch die Regierung zu Erwägungen veranlaßt habe, wolle er ausdrücklich feststellen. In der Sozialisierungsfrage stehe die Regierung vor einer schwierigen Aufgabe. Die Ausführungen des Abg. Hoch hätten diese Schwierigkeiten noch unterstrichen. In erster Linie müßten wir für eine ordentliche ruhige Entwicklung sorgen. Deshalb könnte die Regierung gar nicht anders, als erst die Sachverständigen zu Worte kommen zu lassen. Wenn man diesen Weg glatt ablehne, könne die Ansicht entstehen, als ob man eine Verständigung nicht wolle. Das glaube er von der sozialdemokratischen Fraktion aber nicht annehmen zu sollen.

Morgen mittag 1 Uhr kleine Anfragen. Abstimmung über die Anträge zum Friedensschluß und Weiterberatung des Reichshaushalts. (Schluß gegen 6 Uhr.)

Preußische Landesversammlung.

182. Sitzung. Montag, 29. November, 1 Uhr nachmittags.

WTB. Berlin, 29. Nov. Die zweite Haushaltberatung wird bei der Gestütverwaltung fortgesetzt, wobei **Dalmer** (Dn.) als Berichterstatter Gehaltsaufbesserung der Gestütwärter befürwortet.

Abg. **Kaulen** (Ztr.) empfiehlt die Prüfung der Frage der Erhöhung der Deckfelder.

Abg. Graf **Kanitz** (Dn.): Die Rennen müssen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit bestehen bleiben.

Abg. **Held** (D. Vpt.) widmet der hannoverschen Pferdezucht besondere Anerkennung und tritt für die Gewährung größerer Zuschüsse an die Privathengsttheiter ein.

Der Gestüthaushalt wird bewilligt, nachdem der Oberlandesstallmeister sich dafür eingesetzt, überall das von der Landwirtschaft gebrauchte Pferd zu züchten, unter gleichzeitiger Förderung der Vollblutzucht.

Darauf wird der Haushalt des Volkswohlfahrtsministeriums bewilligt. Hierzu wird der Antrag von Frau **Dr. Lauer** (Ztr.) auf Einstellung von 200 000 M. zur sozialwirtschaftlichen Ausbildung von Minderbemittelten angenommen, nachdem ein Vertreter des Finanzministeriums erklärt hatte, der Minister erhebe diesmal gegen die Dringlichkeit der Sache keinen Widerspruch, halte aber sonst daran fest, daß mehr Ausgaben in den Haushalt nur denn eingestellt werden dürfen, wenn das Haus auch selbst für die Deckung sorge.

Oberschlesien in größter Gefahr,
helft es retten,
zeichnet Grenzspende!

Die Abstimmung über den Antrag **Ludwig** (U. S.) auf Verstaatlichung des Heilwesens ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung muß daher um 3 Uhr 20 Min. abgebrochen werden.

Nachmittag. 183. Sitzung. 3¼ Uhr.

Zur Beratung steht der Haushalt der Bauverwaltung.

Abg. **Dr. von Kries** (Dn.) erbittet eine Erklärung der Regierung, daß das Reich den Mittellandkanal genau nach den Beschlüssen des Hauses ausführen werde.

Abg. **Garnich** (D. Vpt.) empfiehlt einen Antrag seiner Partei auf Ausbau der unteren Oder anschließend der offenen Stelle bei Schwedt und den Ausbau der Oder von Nadubn und Küstrin. Hierfür sollten die Mittel in den nächsten Haushalt eingestellt werden.

Abg. **Rösler** (Soz.) erachtet die Wiederschiffbarmachung des Pregel für sehr notwendig.

Abg. **Paul Hoffmann** (U. S.): Mehr als eine Million Leute in Deutschland haben keine Wohnung, in Berlin über 50 000. Die Beschlagnahme von Wohnungen erwies sich als ergebnislos, weil viele Inhaber übermäßig großer Wohnungen falsche eidesstattliche Versicherungen abgaben. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen halten wir eine einheitliche Wasserwirtschaft und darum den Uebergang unserer Wasserstraßen auf das Reich für unbedingt erforderlich.

Dienstag 11 Uhr dritte Lesung der Verfassung. Haushaltberatung. (Schluß 5½ Uhr.)

Deutsches Reich.

Keine preußische Subvention der Deutschen Hochschule für Politik. Ce erübrigt der in der Presse aufgeworfenen Frage, ob und aus welchen Mitteln die Reichsregierung oder die preußische Regierung die Deutsche Hochschule für Politik unterstütze, erklärt die „Deutsche" von zuständiger Stelle, daß der genannten Hochschule vom preußischen Finanzminister oder von der preußischen Regierung überhaupt eine finanzielle Unterstützung nicht gewährt werde.

Der Oldenburger Landtund für Dr. Hermes. Der Oldenburger Landtund sandte an den Reichskanzler folgendes Telegramm: „Die in Kloppenburg tagende, von 1000 Personen besuchte Versammlung, sordert einstimmig, daß das Reichsernährungsministerium mit Dr. Hermes an der Spitze unter allen Umständen erhalten bleibe."

Der Zustand der Kaiserin hat sich nach einer Meldung aus Doorn wieder bedenklich gestaltet.

Auslands-Rundschau.

Englische Furcht vor Sinnfein. Am Eingang der Downing Street (an der die Amtswohnung Lloyd Georges liegt) wurden zum Schutz gegen etwaige Angriffe der Sinneiner Barrikaden errichtet. Die Behörden haben beschlossen, das Parlamentsgebäude für das Publikum zu sperren. In Cork wurden mehrere Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt, u. a. ein Manufakturwarengeschäft, in Brand gesteckt und vernichtet. Einer weiteren Meldung zufolge hat der Bürgermeister von Manchester die dort geplante Protestversammlung verboten, da im Zusammenhang damit Ausschreitungen befürchtet wurden. Wie verlautet, werden in Dublin zur Internierung der Mitglieder des irischen republikanischen Heeres Konzentrationslager gebildet. In Dublin wurden in der vergangenen Woche 100 Personen verhaftet.

Curzon erklärte im englischen Oberhause, daß die englische Regierung dem irischen Parlament vielleicht später fiskalische Autonomie zuerkennen werde.

Der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski, der sich auf einer Reise nach den Hauptstädten der alliierten Länder befindet, ist Sonntag abend von Paris nach Brüssel weitergereist.

Halle und Umgebung.

Halle, den 30. November 1920.

Der Philologenverband zur Stadtschulratswahl.

Die Ortsgruppe Halle des Philologenverbandes der Provinz Sachsen beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung mit der Frage der Stadtschulratswahl und faßte mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der städtischen höheren Schulen folgende Entschließung:

„Die Ortsgruppe Halle erhebt die Forderung, daß für die Stelle des zu wählenden Stadtschulrates nur eine Persönlichkeit in Frage kommt, die nach Vorbildung und praktischer Betätigung die Gewähr bietet, daß sie alle Organisations- und Unterrichtsfragen des höheren Schulwesens zu beurteilen vermag. Nur dann ist der Stadtschulrat in der Lage, seinen Aufgaben als stimmberechtigtes Mitglied des Schulausschusses für die höheren Lehranstalten und als Dezernent für die höheren Schulen, insonderheit für die Anstellung der Direktoren und Studienräte zum Wohle der höheren Schulen der Stadt nachzukommen.

Von den Eltern der 3780 Kinder, die nach einer Mitteilung des Vorsitzenden des Studienrates Forstedt höhere Schulen in Halle besuchen, gehören bei weitem die meisten dem sogenannten Mittelstande an. Auffällig ist die große Zahl der Beamtenkinder und hier wieder der Lehrerkinder. Die Kinder der selbständigen Kaufleute und der Angestellten sind an Zahl fast gleich. Interessant ist es, welche der Lehranstalten für die männliche Jugend die einzelnen Berufsgruppen bevorzugen. Kaufleute Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte schicken ihre Kinder meist auf die Realanstalten, die sog. höheren Beamten auf die Gymnasien, während die sog. mittleren Beamten die Schulen ungefähr gleich bedenken.

*

Lehrerversammlung. Am Mittwoch 8¼ Uhr abends findet in der Aula des Reformrealgymnasiums in der Friedemannstraße eine öffentliche Lehrerversammlung statt. Zu ihr sind die städtischen Lehrer aller Schulgattungen eingeladen. Die Versammlung soll Stellung nehmen zu der bevorstehenden Wahl des Stadtschulrates. Die Einberufung der Versammlung ist aus dem Gedanken entstanden, unter Ausschaltung aller parteipolitischen Rücksichten eine einheitliche Grundlage für eine gemeinsame Kundgebung derjenigen zu finden, die der Wahl die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen und denen die Hebung und Förderung unseres Schulwesens anvertraut ist; denn es ist zweifellos wichtig, daß ein Mann gewählt wird, der den Ansprüchen der Gesamt-Lehrerschaft entspricht und der unter Mitarbeit der Lehrer die schweren Aufgaben, die durch die Neugestaltung des Schulwesens gestellt sind zu lösen bereit ist.

Schaufensterwettbewerb.

Ausstellungen, die eine innigere Beziehung zu Oberschlesien haben, sind verhältnismäßig selten; was jedoch auf diesem Gebiete geleistet ist, zeugt von doppelte Sorgfalt und Liebe. Nahelegend ist, daß die Eisen- und Stahlwarengeschäfte, die direkten Abnehmer oberschlesischer Erzeugnisse, auf die Wichtigkeit der oberschlesischen Industrie für unser ganzes Wirtschaftsleben hingewiesen haben: Vorzügliches in dieser Hinsicht haben Leonhardt & Schlesinger und Hemmelmann & Krause geleistet. Das bekannte Geschäftshaus von Aßmann hat in mehreren Schaufenstern in lehrreicher Weise auf die Bedeutung des Verlustes Oberschlesiens hingewiesen und zugleich den Beschauern plastisch vor Augen geführt, wie sie sich in der Notto-Woche zum allgemeinen Nutzen betätigen sollen. „Die Zukunft der Jugend hängt ab von der Erhaltung Oberschlesiens!" ruft ein Plakat. „Sorge du, daß ich deutsch bleibe, dann waffe ich dir Kohle!" ruft ein anderes. Gleichzeitig muntert die Ausstellung der Tombola-Preise jeden Vorübergehenden auf, sich eine recht große Anzahl der billigen Lose zu kaufen.

Die Konfektionsgeschäfte verdienen, was geschmackvolle, vornehme Ruhe der Schaufensterausstellungen betrifft, eine besondere Note. Die Firma Huth zeigt in ihren einzelnen Schaufenstern sehr fein abgetönte Farbenzusammenstellungen, Bruno Frentag hat im besonderen Maße die Beziehung der Versuchsanstalt zu Oberschlesien betont. Sehr fein wirkt der graue Grundton, der in sämtlichen Fenstern vorherrscht, das Fahle, Dunkle, das an den ernsten Hintergrund der Woche erinnert und zugleich die Farbe des Eisens und der schwarzen Diamanten ist. Freundlich dagegen sich abhebend das Eschaufenster, das in seinen leuchtenden Farben wie ein hoffnungsvolles Symbol der Zukunft wirkt, in der die oberschlesische Kohle und der oberschlesische Stahl weiter wie bisher ihren Weg nach Deutschland nehmen, in der Ratibor und Königshütte, Beuthen und Kattowitz lebenspendende Kraft quellen unseres ihrer so dringend bedürftigen Vaterlandes bleiben. Das Schaufenster der Firma S. Weiß redet eine eindringliche Sprache durch die ruhige Gestalt des Bergmanns, der hilfesuchend seine Augen nach Deutschland richtet. Webdy-Pönicke und Wollmer warten mit künstlerisch wirkungsvollen, in den Tönen einheitlich gehaltenen Schaufenstern darum auf. Möglichst kann man von der Ausstellung der Holzbau-Kommandit-Gesellschaft in der unteren Leipziger Straße sagen.

Leopold Rubbaum zeigt in eindrucksvoller Weise, was eigentlich das wahre Gesicht der Polen und Franzosen ist, daß sie erstreben, die oberschlesischen Erdenschätze in ihre Hände zu bekommen und uns dadurch zugrunde zu richten. Höchst originell ist die Ausstellung der Firma Michel: möge es Wahrheit werden, was dort im Bild gezeigt wird, daß nämlich die Sammelbüchsen zur Grenzspende eine magische Anziehungskraft auf Papiergeld jeglicher Größe und jeglicher Farbe ausüben! Dann bleibt uns Oberschlesien erhalten. Das Davidsche und Mostsche Schokoladengeschäft haben Briketts aus Schokolade in ihren Schaufenstern aufschichten lassen: die Ausstellung der Tavid wirkt durch Tuntheit, die bei Most durch künstlerische Prinzipien. In sämtlichen Filialen der Firma Most das selbe Bild: Briketts aus Schokolade und Berge von Goldstücken. Auch die Ausstellungen der Blumengeschäfte zeigen eine gewisse Einheitlichkeit: die Blumengeschäfte von Ernst Kühle und von Treutling lassen das Markwort Nette weißlich in Blumenschnitt leuchten; in der Richtersteinschen Blumenhandlung verrät ein Schild, daß es ohne oberschlesische Kohle keine Blumen im Winter gibt.

Was das Originelle der Ausstellungen anbetrifft, so sind noch die Firma von Roeder, Rieck Nachfolger mit einem schneeweißen Pelen, der gierig über die Grenzpfähle hinweg nach einer Reihe Konfektionsläden greift, und die Konditorei Zorn zu erwähnen, die in geschmackvoller Weise das überall sichtbare Plakat in die Plastik umgesetzt hat: Notäppchen mit dem gierigen, polnischen Wolf, der ihr das oberschlesische Körbchen entreißen will. Die Gummiwarenfirma Dehne weist auf die Bedeutung hin, die die oberschlesische Kohle für die Verbandstoffe und Gummiindustrie hat, und die umgekehrt letztere wieder für den Bergmann besitzt. Einige Zigarrengeschäfte, vor allem die von Johannes und Max Müller, stellen ebenfalls eine Verbindung zwischen ihrer Branche und dem oberschlesischen Lande her. Zum Schluß sei noch die Ausstellung von Gemälden der Mitglieder des Hallischen Künstlervereins auf dem Pflug hingewiesen, die in dem Lumpelaschen von Wernicke & Steiger Platz gefunden hat. Die Bilder sind verkäuflich, und zwar fließt die Hälfte des Kaufpreises der Notto-Spende zu.

Es ist natürlich unmöglich, sämtliche Firmen, die Ausstellungen von künstlerischem Wert veranstaltet haben, an dieser Stelle zu nennen. Sollten jedoch im Laufe der Woche noch besonders bez-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201130017/fragment/page=0002

vorragende Ausstellungen in einzelnen Schaufenstern erscheinen, so werden wir noch einmal darauf zurückkommen. Für heute mögen sich sämtliche Firmen mit einem Gesamtlob begnügen.

Deutsche Weihnachts-Musik.

Halle, den 28. November.

Die von Frau Prof. Mathilde Schmidt-Kaym mit ihren Schülern, Schülerinnen und Freunden der Kirchenmusik veranstalteten und gestern Weihnachtsmusikaufführungen nahmen am Sonntag in der intim wirkenden, überfüllten Laurentiuskirche ihren Anfang. Mit einem feierlichen Choralvorspiel zu „Vom Himmel hoch da komm ich her" von Bach leitete Herr Organist Oskar Nebling den Abend ein. Vier Chorlieder, vom kleinen gemischten Chor der Frau Schmidt-Kaym sehr sauber und ausdrucksvoll gesungen, ließen den Zauber weihnachtlicher Poesie in den Herzen der Zuhörer aufblühen. Herr Bohne trug das Rezitativ und die Arie „Nacht bedecket das Erdreich" aus dem „Messias" von Händel, das aus dem Dunkel des Leidens zum Licht der Freude emporträgt, eindrucksvoll vor. Das Ganzstück des Abends bildeten Teile aus dem Weihnachtsoratorium von Bach für Solosgesang, Chor, Orgel, 2 Violinen und 2 Flöten. Herrin wirkten außer den Genannten mit Frau Prof. Winternitz und Frl. Kraemer (Sopran) und die Herren Dr. Viol (Baß), Dr. Graefe und Matz (Violine), Dr. Paul Zausch und Bergmann (Flöte). Die Schönheit, Tiefe und Beseeltheit der Bachschen Musik: die Beschwingtheit der Botschaft, die Eindringlichkeit der Instrumentalsprache, wie sie sich besonders äußert in der tiefste Sehnsucht atmenden Sinfonie, deren Thema — nebenbei gesagt — an das Feuerzaubermotiv der „Walküre" gemahnt, die glänzende Ausgestaltung der Choräle wurde von den Beteiligten mit gutem Können und hingebungsvoller Freudigkeit und Liebe ins Licht gehoben. Die nächste Veranstaltung findet am 4. Dezember, abends 8 Uhr, in der Stephanuskirche statt. A. Ka.

Regen und Glatteis. Nach sechswöchiger Trockenperiode, wie sie in Deutschland etwas ganz Ungewöhnliches darstellt, fiel in Halle gestern abend in der 9. Stunde zum ersten Male wieder Regen. Auf dem kalten Erdboden verwandelte er sich sofort in eine feine Eisdecke, die das Passieren der Straßen schwierig werden ließ und manchen zu Fall brachte. Für unsere Landwirte kommt der Regen erwünscht, denn durch den hartgefrorenen Boden sind die Bestellungsarbeiten stark im Rückstand.

Provinzial-Nachrichten.

Leopoldshall, 29. Nov. (Ueberfall auf ein Postamt.) In der Nacht zum Sonntag wurde im benachbarten Giersleben das Postamt von Verbrechern überfallen und beraubt. Den Räubern, die unerkannt entkommen konnten, fielen 17 000 Mark in die Hände.

Dessau, 29. Nov. (Festungshaft für unerlaubte Heirat.) Ein früherer Vizefeldwebel schloß am 13. Februar dieses Jahres mit seiner jetzigen Ehefrau vor dem Standesamt hier die Ehe, ohne daß ihm die erforderliche dienstliche Genehmigung erteilt worden war. Das Schöffengericht in Dessau erkannte gegen ihn auf sechs Wochen und einen Tag Festungshaft.

Dessau, 29. Nov. (Zugunsten der Feuerbestattung.) Der Staatsrat für Anhalt unterbreitete dem Landtag eine Novelle zum Feuerbestattungsgesetz, wonach die Bestimmung, daß die Feuerbestattung durch den Verstorbenen angeordnet sein muß, in Wegfall kommt.

Magdeburg, 29. Nov. (Die Johanniskirche,) die Haupt- und Ratskirche der Stadt, beging gestern, am ersten Adventssonntage, das 250jährige Jubiläum ihrer Wiedererrichtung. Bei der Zerstörung Magdeburgs 1631 durch Tilly sank sie in Trümmer und wurde erst 40 Jahre später, am ersten Adventssonntage 1670 wieder eingeweiht und neu bezogen. Das vierteljahrtausendjubiläum ist von der Gemeinde festlich begangen worden.

Gardelegen, 29. Nov. (Zum Landrat) des Kreises Gardelegen wurde heute vom Kreistage der kommissarische Landrat Oskar Böer, früher städtischer Pressedezernent in Magdeburg, mit 26 gegen 4 Stimmen gewählt. Drei Zettel waren unbeschrieben.

Gotha, 29. Nov. (Wohnungsluxussteuer.) Auf seiner Suche nach neuen Steuerquellen ist der Stadtrat bei einer Steuer auf Luxuswohnräume angelangt. Besteuert werden nur überflüssige Wohnräume nach einem Stufentarif, der auf der Personenzahl aufgebaut ist, wobei Kinder bis zu 10 Jahren als halbe Personen zählen. Räume, die geschäftlichen oder beruflichen Zwecken dienen, bleiben steuerfrei, ebenso ein Wohnraum über den Bedarf. Darüber hinaus wird ein Wohnraum mit 40 Mark, zwei mit 100 Mark, drei mit 300 Mark, vier mit 600 Mark, fünf mit 1200 Mark besteuert; für jeden weiteren Wohnraum 1200 Mark mehr. Auch die zu dauernder Untervermietung bestimmten und vorübergehend freien Räume sind steuerfrei. Der Entwurf ist den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Sonneberg, 26. Nov. (Ankauf des Krugs-Hotel.) Die Stadt wird das bekannte Krugs-Hotel käuflich erwerben. Die kaum ein Jahr bestehende „Krugs-Hotel-G. m. b. H." sah sich wegen Unrentabilität zum Verkauf genötigt. Der Hotelbetrieb soll mit dem Verkauf nicht ganz verschwinden. Die Stadt wird nur den sogenannten „neuen Flügel" für ihre Zwecke in Anspruch nehmen, während der „alte Flügel" mit seinen 40 Fremdenzimmern der Gesellschaft nachweise zur Weiterführung des Hotelbetriebes überlassen wird.

Sömmerda, 29. Nov. (Das Drama in Mechterstädt.) Für den Prozeß gegen den Kand. jur. Goesel und 19 Marburger Studenten wegen der Erschießung der 15 Thüringer Arbeiter ist vom Schwurgericht Kassel als Beginn der Hauptverhandlung der 13. Dezember in Aussicht genommen.

Vermischtes.

Die „Konditorei" oder an die verkehrte Adresse geraten. Auf der Reeperbahn, an der Ecke Lincolnstraße in Hamburg, standen zwei Männer, die sich dort das Leben und Treiben ansahen. Weiter hinter ihnen in der Lincolnstraße hielt ein großer Wagen, der mit einer Plane bedeckt war. Nach einiger Zeit trat der Kutscher auf die beiden ihm unbekannten Männer zu und fragte sie, ob sie den Zucker bestellt hätten. Auf die bejahende Frage der beiden Männer erkundigte sich der Kutscher, wo denn der Zucker hingefahren werden sollte. Der Kutscher wurde beauftragt, den beiden Männern zu folgen und langsam folgte der Kutscher den beiden Männern über die Reeperbahn bis an die Ecke der Davidstraße, wo sich das Lager der „Konditorei" befinden und der Zucker abgeladen werden sollte. Wie groß war das Erstaunen des Kutschers, als er sich plötzlich an Stelle in der Konditorei in den Räumen des Kriminalcentraires 7 befand. Die beiden unbekannten Männer, die von dem Kutscher angesprochen wurden, waren zwei — Kriminalbeamte! Auf dem Wagen befanden sich zehn Sack Zucker von je 200 Pfund. Der Kutscher wird diesen Zucker von dem Barkassenführer der Barkasse „Marie" erhalten haben. Dieser Barkassenführer soll den Zucker von einem am Stadtteich liegenden Oberländerkahn „überworfen" haben.

Professor Eisbeins Minierschlafpillen. Aus London wird telegraphiert: „Der „Daily Expreß" erbittet ein Telegramm seines Berliner Vertreters, der sich zu den Opfer des Berliner Humors geworden ist. Ein Berliner Blatt muß die Meldung gebracht haben, daß Professor „Eisbein" irgendwelche chemischen Bestandteile gefunden habe, die er als Pillen verabreiche und durch die man in der Lage sei, in einen Winterschlaf zu verfallen und sich über Hunger und Kälte hinwegzusetzen. In London hat man diese Meldung sehr ernst aufgefaßt. Ein Londoner Blatt widmet dieser „Erfindung" sogar einen langen Leitartikel mit Lobeserguissen, auf welche Erfindungen deutscher wissenschaftlicher Geist komme. Es erklärt, nach Einstein komme nun Eisbein."

Weibliche Bürgermeister in England. Die soeben abgeschlossenen Bürgermeisterwahlen in England und Wales haben von 319 Marktorten in drei Fällen die Wahl von weiblichen Personen zu der höchsten Stelle des lokalen Magistrats ergeben. In Stalybridge wurde die liberale Kandidatin Mrs. Ada J. Summers, die bereits vorher durch das Vertrauen ihrer Mitbürger auf diesen Posten berufen worden war, von neuem zum Mayor wiedergewählt.

Das vergessene Komma. Richtige Satzzeichen sind wichtig und notwendig. Ich fand in einem Roman mit schlechten Satzzeichen die Stelle: „Willst du meine Gattin werden fragte der Jüngling. — Aber natürlich lachte das Mädchen." — — — Ja, hat das Mädchen nun den Jüngling ausgelacht? Oder hat sie ihm lachend: „Aber natürlich!" zugerufen.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

Der Artikel: **„Macht euren Kram alleene!"** spricht aus, was ein großer Teil der Demokratie denkt. Leider besteht einmal die traurige Tatsache, daß das deutsche Volk den wahnwitzigen Gaullern nachläuft, die es in diese schmachvolle Lage hineingebracht haben. Alle Beschwörungen und Beteuerungen der Demokratie (auch der alten Sozialdemokratie), die es mit dem deutschen Volke wirklich gut meint, verhallen im Winde. Das deutsche Volk braucht eben einen Popanz, den es fürchtet und an dem es sich begeistern kann; der Personenkult steht ihm höher als die Sache. Das Volk als solches kann eben nicht fassen, daß man sich als Republikaner in heiliger und tiefer Vaterlandsliebe ebenso begeistern kann, als wie jene, die immer einen Menschen im Purpurmantel auf hohem Thron sehen müssen. Und das dem deutschen Volke beizubringen, daß der Republikaner viel fester inniger an seinem Vaterlande hängt als die sog. „Königsjünger", ist ein harter und langer Kampf gegen die Dummheit, gegen die — das Wort des Dichters vom Richard III. besteht immer noch zu Recht — selbst Götter vergebens kämpfen. Ich bin im Rahmen der Demokratie ein Anhänger der zielbewußten und klaren Politik. Nach meiner Anschauung dürfte die Demokratie nicht in die Regierung eintreten. Der Eintritt in die Regierung hat der Demokratie nichts genützt, sondern außerordentlich geschadet. Beweis: „Wahlergebnis in Sachsen!" Durch Reden ist das deutsche Volk eben nicht zu belehren, es muß fühlen. Das ist zwar hart, aber logisch. Und es ist für die Demokratie, die die Gesundung des Volkes erstrebt, besser, daß sich eines Tages das Schicksal an den wahnwitzigen Haßpredigern von rechts oder links vollzieht, als daß sie sich, die in wahrer und reiner Liebe zum Vaterlande das Beste will, unter fortgesetzten Verhöhnungen und Schmähungen in den Ofen des Moloch werfen läßt. Wenn es eben das Volk nicht anders will, so laßt den Charlatanen die Bahn frei; denn war mit einem Besserung nicht belehrt wird, zeigt, daß er ein Brett vor dem Kopf hat. Und das Sprichwort: „Wer dumm ist, muß gepflügt werden!" scheint leider auch heute noch einmal Tatsache werden zu sollen.

O. S.

Städtische Beamte und Hilfsangestellte.

Bei Beratung der Vorlage wegen Aufbesserung der Bezüge der städtischen Hilfsangestellten und Arbeiter in der Stadtverordnetensitzung vom 8. November 1920 war es dem Herrn Bowitzki vorbehalten, der Beamtenschaft wieder einmal eine kräftige Ohrfeige zu verabfolgen. Er sagte u. a.: „Der Obrigkeitsstaat hat es für notwendig erachtet, zwei Klassen zu züchten, eine kleinere, die Herrscherklasse, und die große Masse, das beherrschte Proletariat. Den Büttel der kleineren Klasse hat das Beamtentum gespielt, und die Beamten in ihrer ganzen Körperschaft sind auch jetzt noch nach der Revolution die gleichen geblieben."

Ebenso glaubte der Stadtverordnete Herr Schweikart die Leistungen der städtischen Beamten herabsetzen und auch sonst in äußerst abfälliger Weise über sie herziehen zu müssen. (Vgl. „Hall. Nachrichten" vom 11. November 1920, „Saale-Zeitung" Nr. 525 vom 9. November 1920 und „Hall. Zeitung" Nr. 501 vom 9. November 1920.)

Da man nun einmal so schön beim Herunterreißen seiner Mitmenschen tätig ist, kann es sich auch der Ausschuß der Hilfsangestellten nicht versagen, in einem „Zur Hetze gegen die Büroangestellten" überschriebenen Artikel im „Volksblatt" Nr. 266 vom 12. November 1920 in gehässigen Angriffen gegen uns vorzugehen.

Die Aeußerungen der Herren Bowitzki und Schweikart sind in der betr. Stadtverordnetensitzung vom Stadtverordneten Herrn Grauenhorst bereits gebührend zurückgewiesen. Wir müssen es aber ein für allemal ablehnen, uns mit ihnen auseinanderzusetzen, auch erachten wir sie überhaupt nicht für befähigt, über den Beamtenberuf im allgemeinen bzw. die Geeignetheit und Leistungsfähigkeit der städtischen Beamten im besonderen ein sachgemäßes Urteil abzugeben.

Dagegen darf die stark an Selbstüberhebung grenzende Stellungnahme der Hilfsangestellten gegen uns nicht stillschweigend hingenommen werden, weil sie geeignet ist, den Stand der Berufsbeamten, der in letzter Zeit als Ziel für alle möglichen Angriffe dienen muß, in der Oeffentlichkeit immer mehr herabzusetzen.

Wir städtischen Beamten glauben, daß wir bis zum Kriege ohne Mitarbeit der Hilfsangestellten unser Amt so versehen haben, wie es das Allgemeinwohl von uns forderte, und daß wir dies auch jetzt sehr gut würden tun können, wenn wir sie, als die nach ihrer Ansicht nicht zu missenden, entbehren müßten.

Wenn sich die Hilfsangestellten des Wertes ihrer Unersetzlichkeit so sehr bewußt und in Wirklichkeit auch in früheren Berufen die „Unentbehrlichen" gewesen sind, wie es nach ihrer Darstellung dem wenig kritisch veranlagten Leser aufgetischt wird, so sollten sie doch dafür erst einmal den Beweis antreten und die schmerzlichen Lücken, die sie bei ihren früheren Arbeitgebern durch ihren Fortgang hinterlassen haben, wieder voll und ganz ausfüllen. Wir gönnen ihnen jedenfalls von ganzem Herzen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stellung im Privatdienste. Nur müssen wir es uns unbedingt verbitten, von ihnen in so gehässiger, unseiner Weise angegriffen zu werden. Sie tragen mit ihrer Verhetzung keineswegs zur Verbesserung der sozialen Gegensätze bei, die doch gerade jetzt mehr denn je die Forderung des Tages, das Gebot der Stunde sein sollte.

Als Glieder eines Volkes haben wir bei der entsetzlichen Not unseres Vaterlandes und unserer eigenen Bürde doch alle das größte Interesse an einer baldigen Gesundung der zerfahrenen Verhältnisse und daher wirklich dringendere Aufgaben zu erfüllen, als uns gegenseitig in unfruchtbare Streitereien einzulassen.

Auch würde es zwecklos sein, den Hilfsangestellten auseinanderzusetzen, welche Aufgaben dem Beamtentum im öffentlichen Leben zufallen.

Die Oeffentlichkeit aber muß sich mehr als bisher über die tiefgehende Bedeutung des Beamtentums im öffentlichen Staatsleben klar werden. Nur ein reibungsloses Zusammenwirken mit ihr kann die Erhaltung eines Beamtentums gewährleisten, das als Träger des Kulturfortschrittes der vergangenen Jahrhunderte zu der beispiellosen Aufwärtsbewegung in höchstem, zu ausschlaggebendem Maße beigetragen und sein Umsturz als eine der letzten Stützen der Staatsautorität den gänzlichen Zusammenbruch verhindert hat.

In diesem Zusammenhange sei uns gestattet, kurz auf ein Urteil des Professors A. Loz zu verweisen, der in seiner „Geschichte des deutschen Beamtentums" treffend sagt:

„Ohne Uebertreibung wird man sagen dürfen, daß es seit etwa vierhundert Jahren in erster Linie das Beamtentum gewesen ist, das auf dem Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Lebens, der Rechtsbildung und Rechtsprechung, der Gesittung, Bildung und des Wohlstandes der Bevölkerung fast jeden Fortschritt vorbereitet und angebahnt, befördert und durchgeführt oder ermöglicht hat."

Dieses Urteil soll, soweit es unsere Kräfte gestatten, auch weiterhin zum Wohle des Ganzen Geltung behalten: denn „Arbeit, die nicht anderen frommt, das ist Arbeit ohne Segen".

Damit sei jede weitere Erörterung über die unseine Kampfesweise der Hilfsangestellten für uns abgeschlossen.

Verband der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens, Ortsgruppe Halle.

Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Endlich nach 7 Jahren finden die Neuwahlen zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Vieles haben uns diese Jahre gelehrt, auch uns Frauen haben sie zu der Erkenntnis gebracht, daß die bisherige Belegung des Ausschusses nicht unseren Wünschen entsprochen hat, weil wir bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung zum Wohle der Versicherten hier zu wenig Einfluß hatten, so daß wir es jetzt dringend nötig haben, im Ausschuß und Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse nachdrücklicher vertreten zu sein. Mit Freuden können wir es daher nur begrüßen, daß sich das Christliche Gewerkschaftskartell der weiblichen Versicherten angenommen hat und auf den eingerichten Wahlvorschlag 1 (Christliches Gewerkschaftskartell und Deutscher Gewerkschaftsbund) viele Kandidaten der weiblichen Berufsgruppen vertreten sind. Nun müssen wir aber aus unserer Zurückgezogenheit hervortreten, unsere Lauheit ablegen und zeigen, daß wir ernstlich gewillt sind, unsere Interessen bei der Ortskrankenkasse mit Nachdruck zu vertreten. Es ist Pflicht aller weiblichen Versicherten, ihrem Wahlrecht dadurch Geltung zu verschaffen, indem sie am Sonntag, den 5. Dezember, einmütig eintreten für Wahlvorschlag 1 (Christliches Gewerkschaftskartell und Deutscher Gewerkschaftsbund).

Eine weibliche Versicherte.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Abstimmung in Oberschlesien.

DA. Basel, 29. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Es scheint jetzt doch so gut wie sicher zu sein, daß der Abstimmungstermin für Oberschlesien auf Mitte Januar festgelegt ist, obschon bei der deutschen Regierung immer noch keine offizielle Mitteilung aus Paris eingegangen ist. Das „Journal des Débats" weiß im Zusammenhang mit den Londoner Besprechungen mitzuteilen, daß die polnische Regierung ihren Antrag an den Obersten Rat auf Verschiebung der Abstimmung in Oberschlesien bis zum Frühjahr zurückgezogen habe. Die polnische Regierung soll sich aus bestimmten Gründen, die aber von dem Blatt nicht genannt werden, jetzt ebenfalls mit einem früheren Termin abgefunden haben. Diese Meldung erfährt durch eine Züricher Mitteilung eine weitere Verstärkung dadurch, daß das polnische Konsulat in der Schweiz schon jetzt Reiseausweise für die abstimmungsberechtigten Polen ausgegeben haben soll, die als Reisetag den 17. Januar vermerken.

Irischer Brandangriff im Liverpooler Hafen.

Kopenhagen, 29. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) **Der Sinnfeiner-Angriff, dessen Plan durch die Beschlagnahme von Dokumenten in Dublin entdeckt wurde, kam gestern nacht in Liverpool zum Ausbruch. Die Angreifer steckten mehr als ein halbes Dutzend Baumwoll-Lagerhäuser in der Nähe der Docks in Brand. Es kam zu Unruhen, bei denen ein Schutzmann getötet wurde. Mehrere der Angreifer wurden festgenommen. Gleichzeitig hatten die Sinnfeiner einen großen Angriff auf die Regierungsgebäude in London geplant. Dieser dürfte aber nicht ausgeführt werden, weil die Regierung Kenntnis von dem Plan bekommen hat. Außerdem ist es ihr gelungen, ein Verzeichnis der in London lebenden Sinnfeiner zu beschlagnahmen. Die Minister empfangen jeden Tag eine große Menge Drohbriefe.**

Über den großen Brand bei Liverpool meldet Reuter: In der Nacht zum Sonntag wurden in Liverpool-Bootle 18 Lagerhäuser, hauptsächlich für Baumwolle in Brand gesteckt. Es wurden Petroleumkannen und mit Paraffin getränkte Baumwolle an der Brandstätte gefunden. Fünf Männer wurden verhaftet. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß die Sinnfeiner die Brandstifter sind. Zwei Baumwollager sind vollständig niedergebrannt. Laut „Matin" wird der Schaden auf ungefähr 400 000 Pfund Sterling geschätzt. In London war am Sonnabend ein großangelegter Brandstiftungsversuch der Sinnfeiner vereitelt worden. Die Brandstifter flohen ebenfalls unter Zurücklassung von Petroleumkannen und mit Paraffin getränkter Baumwolle.

Sinnfeiner-Verschwörungen in London.

London, 29. Nov. (Funkspruch.) **Die Absperrung von Downingstreet ist nach einer Reuter-Meldung darauf zurückzuführen, daß während der letzten Razzien in Irland eine ausgedehnte Sinnfeinerverschwörung aufgedeckt wurde, welche die Beschädigung von Regierungsgebäuden in London sowie andere terroristische Akte zum Ziele hatte. Mitglieder der Regierung und andere hohe Beamte haben Drohbriefe und anonyme Warnungen erhalten. Die amtlichen Kreise bewahren größtes Stillschweigen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201130017/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Die Tabelle der ersten Klasse hat jetzt folgendes Aussehen:

	gesp.	gew.	unentsch.	verl.	Pkt.	Tore
Olympia	10	7	1	2	15	24:13
Komet	9	6	1	2	13	23:8
Hohenzollern Mers.	9	5	2	2	12	24:10
Sportbrüder	9	6	—	3	12	18:12
Ammendorf 1910	9	5	1	3	11	19:16
Eintracht	8	5	—	3	10	25:18
Halle 1910	8	4	1	3	9	21:9
Preußen Mers.	10	3	1	6	7	14:19
Spieln. Nietl.	9	2	2	5	5	12:27
Wader Zörbig	8	1	1	6	3	8:17
Sportvereinig. Halle	9	—	—	9	—	8:35

Hockey im Reiche.

Das erste Ausscheidungsspiel zwischen Mitteldeutschland und Süddeutschland, das gestern in Nürnberg stattfand, gewannen die Süddeutschen 2:0. In der Zusammenarbeit waren die Gastgeber uns Mitteldeutschen überlegen, und das gab den Ausschlag. Auch die Läuferreihe des Südens war in glänzender Form und machte dem mitteldeutschen Sturm das Leben reichlich sauer. Bei Mitteldeutschland war der beste Teil der Elf die Hintermannschaft, besonders Hesse im Tore wußte recht zu gefallen. Einer anfänglichen Ueberlegenheit Mitteldeutschlands folgte nach ca. 15 Minuten offenes Spiel, bis sich dann gegen Schluß der ersten Spielhälfte der Süden in der Hälfte seines Gegners festsetzte. Hierbei fiel das erste Tor. Nach der Pause stand das Spiel meist im Zeichen des Südens, der dann auch noch ein zweites, allerdings recht zweifelhaftes (ab'seits) Tor herausholte. Leipzig. T. u. Sp. V. Dessau—R. C. Sport 1:1, L. H. C.—L. B. C. 3:0. Dresden. Akademischer S. V.—Dresdner S. C. 5:1. Töthen. Akad. Sp. Cl. I—Bernburg 1907 I 3:0. Dessau. Germania Magdeburg—98 2:0. Magdeburg. Do. Dessau I—S. C. 1900 I 3:1. Halberstadt. Tennis- u. Hockey-Cl. Halberstadt I—S. V. Viktoria 96 Magdeburg II 1:0. Weißenfels. F. u. R.-Verein—1905 Naumburg 4:2. Erfurt. Sp.-C. Erfurt—V. f. V. Jena 1:1. Weimar. S. C. Weimar I—V. f. V. Erfurt I 2:4. Zeitz. Ballspielklub I—Merseburger Hohenzollern 2:0. Berlin. Berliner Verbandsmannschaft—Berliner Hockenklub 2:3, Viktoria Magdeburg—Berliner Hockenklub II 4:2, bei den Damenspielen beider Vereine gewann der Berliner Hockeyklub überlegen mit 11:0, Pokalspiel S. C. Charlottenburg—Lübeckschen T. V. 2:2. Stettin. Stettiner S. C.—Preußen-Komet 2:1. Hannover. V. f. L.—Club zur Bahr-Bremen 3:2, D. H. C.—Charlottenburger Turngemeinde 2:2, 78—Arminia 5:1. Freiburg. Nordbaden—Süddaden 4:3, Fußballverein Lahr—Turnerschaft Freiburg 4:3. Tübingen. Spielbergg. Tübingen—Stuttgarter Kickers 7:1. Würzburg. Kickers—F. C. Schweinfurt 5:0. Wormse. Tgd. Worms—Pfalz Ludwigshafen 4:0, Tgd. II—Pfalz Ludwigshafen II 1:0. Görlitz. A. S. V. Dresden Damen—Turn- und Sportklub Görlitz Damen 7:0.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Reichsanleihe-Akt.-Ges.

Die Generalversammlung der Reichsanleihe-A.-G., in der von dem 400 Millionen Mark betragenden Aktienkapital mehr als die Hälfte vertreten war, genehmigte die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das erste, am 31. August 1920 abgelaufene Geschäftsjahr. Von dem mit 14,2 Millionen Mark ausgewiesenen Reingewinn werden dem Reich die von diesem den Aktionären bereits ausgezahlten 5 Proz. Kapitalzinsen mit 10,6 Millionen Mark zurückvergütet, während der verbleibende Ueberschuß mit 3,6 Millionen Mark dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt wird; die Verteilung einer Dividende kommt nach den Bestimmungen des Konsortialvertrages für die Aktionäre der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft nicht in Frage. Ausweislich der dem Geschäftsbericht beigegebenen Tabellen sind im ersten Geschäftsjahr 5498,5 Millionen Mark Kriegsanleihen (Nennwert) angekauft und 1295,1 Millionen Mark wieder verkauft worden, so daß sich der Bestand an Kriegsanleihen am Ende des ersten Geschäftsjahres auf 4203,4 Millionen Mark (Nennwert) beläuft. Durch Verkäufe wurde ein Gewinn von 7,4 Millionen Mark erzielt.

Aus den Ausführungen des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Havenstein ist hervorzuheben, daß die Reichsanleihe-Aktiengesellschaft ihre Annahme- und Kursregulierungstätigkeit in der bisherigen Weise unverändert fortsetzen wird und daß alle anderslautenden Gerüchte, die zum Teil in unlauterer Absicht in Umlauf gesetzt werden, den Tatsachen nicht entsprechen. Die satzungsmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt und an Stelle der durch Tod bzw. durch Niederlegung des Amtes ausscheidenden Mitglieder, die Herren Semper, Präsident der Preußischen Zentral-Genossenschafts-Kasse, Berlin, Dr. Viktor Homburger, Teilhaber des Bankhauses Veit L. Homburger, Karlsruhe, und Bankier Heinrich von Stein, Mitinhaber des Bankhauses J. H. Stein, Köln, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Mit Rücksicht auf die großen Beträge, die die Aktiengesellschaft bisher aufnehmen mußte und nur zum kleinen Teil wieder abstoßen konnte, wird die Verwaltung der Konsorten höher als bei Gründung des Konsortiums angenommen worden war. Das Reichsfinanzministerium hat deshalb eine Ermäßigung angeregt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Direktion und Aufsichtsrat beschlossen haben, den Konsortialmitgliedern eine Aenderung des Konsortialvertrages dahin vorzuschlagen, daß mit Wirkung vom Beginn des zweiten Geschäftsjahres an die Provision nur noch mit ½ Proz. berechnet werden soll (bisher mit ¾ Proz.).

Vierfacher Goldzuschlag bei Zollzahlungen in Oesterreich. Eine Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen setzt, wie drahtlich aus Wien gemeldet wird, den im Falle der Zahlung der Zölle in Banknoten zu entrichtenden Gesamtbetrag bis auf weiteres mit dem vierzigfachen des nach den geltenden Tarifsätzen sich ergebenden Nominalbetrages der in Gold zu leistenden Zahlungen fest. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1920 in Kraft.

(-) **Der Aufsichtsrat der Hansa-Brauerei A.-G.** in Stendal beantragt wieder 10 Prozent.

Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) errichtet ab 1. Dezember d. Js. in der Leipziger Straße 63 eine Depositenkasse, wodurch einem dringenden Bedürfnis nach einer Greßbank am Riebeckplatz Rechnung getragen wird. (Siehe Anzeige.)

Preiserhöhung für Kupferbleche. Die Vereinigung der Kupferblechhändler in Kassel hat die Preise für Kupferbleche mit Wirkung ab 18. d. Mts. um 300 Mark ermäßigt, so daß der Grundpreis 3240 Mark beträgt.

Kal. gewerk. Halten Richard und Reichskrone. Generaldirektor Rotzerg in Kassel hat die Drittvierteldmehrheit der Kuxe der Kaligewerk ch ten Richard und Reichskrone erworben.

Sächsische Tuch-, Kammgarn- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. L. Kuhnert & Co. in Meißen-Zscheila. Der Aufsichtsrat bringt die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (0) auf das erhöhte Aktienkapital in Vorschlag.

Phönix Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenbetrieb. Die Verwaltung teilt mit, daß die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte über eine angebliche Fusion mit der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft jeder Grundlage entbehren. Es haben nicht einmal solche oder ähnliche Verhandlungen stattgefunden, dagegen steht die Phönix-Gesellschaft vor dem Abschluß der Verhandlungen mit der Zeche Zollverein wegen Anpachtung dieser Zeche.

Verband der Elektrizitätswerke Westdeutschlands — Gewerkschaft Lothringen. Zwischen dem neugegründeten Verband der Elektrizitätswerke Westdeutschlands und Gewerkschaft Lothringen sollen Verhandlungen zwecks Ankauf der Zechen schweben. Die Zeche soll den beteiligten Elektrizitätswerken als Kohlenbasis und Grundlage für die Errichtung eines den beteiligten Werken gemeinsamen Elektrizitätswerkes dienen. Die Verwirklichung des Projektes erfordert 300 Millionen Mark.

+ **Wagenstellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle (Saale), den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Bitterfelder Bahn sind am 27. Nov. zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlen-Briketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenkoks gestellt 4718, nicht gestellt 3067 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 29. Nov. Zu Beginn der neuen Woche schien es, als ob im Zusammenhang mit einer leichten Abschwächung der Devisenpreise stärkere Glattstellungen zum Ultimo und infolge von Warnungen vor Uebertreibungen eine nachhaltige Abschwächung der Börsentendenz eintreten würde. Die führenden Werte am Montanmarkt büßten 5 bis 10 Proz. ein, Mannesmann 19, Phönix 23, Thale 50 Proz. Farb-, Elektro- und Schiffahrtswerte büßten durchschnittlich 5 bis 10 Proz. im Kurse ein, dagegen behaupteten Bankaktien ihren Kursstand, Kommerz- und Privatbank erhöhten weiter ihren Kurs. Als aber nach in der ersten Stunde Eudstrussicien um über 50, Rheinstahl um 15, Theodor Goldschmidt um 20 Proz. gehoben wurden, da man gerüchtweise von einer neuen Kombination sprach, trat auch für die anderen Papiere besonders am Montanmarkt eine Befestigung ein, so daß ein Teil der Einbußen wieder hervorgeholt werden konnte. Valutawerte sind wenig geändert. Das Geschäft ist etwas stiller geworden, heimische Renten verloren 3 Proz., Reichsanleihe und Konsole weiter je 2 Proz.

Devisenkurse.

Berlin, 29. November

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Berglichen und vor vergangenen Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2095,40	2099 60	2 08540	2089 45
Brüssel-Antwerpen	447,05	447,95	444 55	445.45
Christiania	929.05	930 95	921,55	923 45
Kopenhagen	929,05	930 95	921 55	923 45
Stockholm	1331 15	1333,85	1316 15	1318 85
Helsingfors	141 65	142,15	141 65	142 15
Italien	255 70	256 30	254 70	255,30
London	241 00	241,50	240 10	241.00
New York	68 80½	68 94½	69 18	69,32
Paris	420 85	421 45	421 55	422 45
Schweiz	1081 40	1083 60	1078 90	1081 10
Spanien	899 10	900,90	904,05	905 95
Wien (alte)	—	—	—	—
Deutsch-Oest. abgest.	21 97	22 03	21,22	21 28
Prag	84 15	84 35	84 50	84 80
Budapest	15 98	16,02	15,78	15 82
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 29. Nov. Im Produktenverkehr zeigt sich für Mais eine etwas festere Haltung, für inländische Erzeugnisse war das Interesse gering. Das Angebot vom Inland in diesen bleibt aber sehr umfangreich. Für Raps wurden die geforderten hohen Preise nicht bewilligt. Für Heu bleibt die Marktlage fest, für Stroh liegt viel Angebot zu nachgebenden Preisen vor. Für Futterhülsenfrüchte ist die Kauflust dauernd gering.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 29 November.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	240–260	250–270
„ kleinere	190–195	200–210
Futtererbsen	170–175	170–175
Linsen	400–450	400 450
Peluschken	160–165	160 165
Ackerbohnen	170–175	170–180
Wicken	145–150	145–150
Lupinen, blaue	70–73	70–75
„ gelbe	100–103	100–103
Serradella, alte	80–105	—
„ neue,	80–105	80–110
Raps	470	470–0
Rübsen	5–10	5–10
Leinsaat	380–400	400–410
Mohn	650–690	650–700
Senfsaat	240–280	240 280
Hirse, inländische u. ausländische	—	—
Trockenschnitze	80–84	80–84
Torfmelasse	65–67	65–67
Weizenkleie, lose	38–40	38–40
Kleehen	—	—
Stroh, drahtgepreßt	25–26,00	26,50 27
„ gebündelt	23,50–24	24 24,50
Roggen-Langstroh	25,50–26	26–26,50
Mais ab Hamburg, Bremen	—	—
„ per Dez.	165–166	164–165
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kaimagg. Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilian. Bollreis per	—	—
Baumwolle, 14 tägig per	—	—
Talgschmalz, per loko	—	—
Runkelrüben	9,00–9.50	9,00–9 50
Möhren, rote	17.50–18	17,50 18
„ gelbe und weiße	15.50–16	15,50–16

Metallnotierungen.

Berlin, 29. Nov. Preise für 100 Kg. in Mark. Raffinadekupfer (98–99 Proz.) 1700–1750. Original-Hüttenweichblei 675 bis 700. Original-Hütten-Rohzink nicht im freien Verkehr 770–790. Remelied-Plattenzink 500–515. Original-Hütten-Aluminium (98 bis 99 Proz.) in gelochten Blöcken 330–3400. Original-Hütten-Aluminium in Walzdraht oder Drahtwaren 3450–3550. Zinn (Banca, Straits, Billiton) 5750–5850. Hüttenzinn (mindestens 99 Proz.) 5600–5700. Reinnickel (98–99 Proz.) 4450–4500. Antimon (Regulus) 900–925. Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1200–1225. Elektrolytkupfer 2185.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 29 November 1920.

Chemnitzer Bankverein	208,00	Manstelder Kuxe	4800,00
Leipziger Hypoth. Bank	164,50	Oelsnitzer Kuxe	—
Mitteld. Privatbank	210,00	Pittler, Leipzig	415,00
Cröl.witzer Papierfabk.	377,00	Preußitzer Stamm-Akt.	—
Glauziger Zuckerfabk.	1150,00	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Straßenbahn	153,00	Riebeckbkier „ Vorzugs-Akt.	245,50 126,00
Hallesche Zuckerraff.	42w,00	Rositzer Zuckerraff.	390,00
„ Zementfabk.	186,75	Rudelsburger Zementfabk.	155,00
Hugo Schneider, Paunsd.	355,00	Sachsenwerk	464,50
Körb.sd. Zuckerfabk.	—	Sondermann u. Stier	265,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	464,00	Stöhr u. Co.	617,00
Leipziger Maizfabrik	160,00	Zimmermann, Halle	190,00
		Zimmermann, Chemnitz	267,00

Berliner Börse

vom 29. November 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	417.00
4½% Disch.Schatzsch		Chem. Heyden	563.00
VI—IX	72 25	Consolidation Schalk	760.00
5½% Disch. Reichsanl.	77,50	Cröllwitzer Papierfbk	330,00
3½% „	66,80	Daimler Motoren	270 00
3½% „	58 90	Deutsche Luxemburg	410,00
3½% „	67,75	Deutsche Treuhandgesellschaft	990,00
4½% Preuß. Konsols	65,00	Deutsche Erdöl	2040,00
4½% „	56,60	Deutsche Gasglühl.	—
3½% „	54.70	Deutsche Kali	440,00
4½% Charl. Stadtanl. 89/99	90,75	Deutsche Waffen und Mun.	515.00
4½% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Donnersmarckhütte	531 75
4½% Sächs. Neulandsch Pfdbl	102,00	Döring & Lehrmann	229 00
4½% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	98.60	Dürrkoppwerk	490 00
4½% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	95.00	Engelhardt-Brauerei	410 00
4½% Dess. Gas Oblig	—	Elberfelder Farben	483 00
4½% Dessauer Gas Obl.	—	Felten & Guillaume	455,00
Ausländ. Werte:		Gasmotoren Deutz	285 00
4% Oesterr Kronenrente	22,30	Gebhard & Co.	600 00
4% Ungar. Goldrente	58 25	Gebhard & König	289.75
4% Ungar. Kronenrente	21,25	Gelsenkirchen Berg.	414 00
Eisenbahn-Aktien:		Glauziger-Zuckerfbk	1090,00
Hanover. Blankenb.	87,50	Hallesche Maschinenb.	475,00
Halle-Hettstedter	70.00	Hann. Masch.	574.50
Schantungbahn	607,75	Harpener Berg	559.00
Allg. Lokal-Str.	132.00	Hesper Eisen	—
Gr. Berl. Str.	842.00	Hirsch Kupfer	420 00
Magdeburger Str.-B.	120,00	Höchster Farbwerke	445 00
Prinz-Heinrich-B.	—	Hoesch Eisen u. Stahl	866 00
		Hohenlohe Werke	332.00
Schiffahrts-Aktien:		Humboldt Masch.	260.00
Hambg. Paketfahrt	203,00	Ilse Bergbau	458.00
Hambg. Südamerika	425,00	Kali-Fürstenellen	594,00
Hansa-Dampfschiff.	349.75	Kaliw. Aschersleben	475,25
Nordd. Lloyd	195,00	Körb sd. Zucker-Akt.	537.
Bank-Aktien:		Kyllhäuserhütte	—
Bank f. Thür	—	Lahmeyer & Co.	239,00
Berl. Handelsges.	238 00	Lauchhammer	492,00
Commerz-Diskontobank	225,00	Laurahütte	405.00
Darmstädter Bank	181,50	Linke & Hofmann	474.50
Dessauische Landesbank	163,00	Ludwig Loewe & Co.	899 50
Deutsche Bank	226,50	Lothringer Hütte	600 00
Diskonto-Comm.	248 00	Mannesmannröhren	571,00
Dresdner Bank	226.00	Masch.-Fabr. Buckau	420,00
Leipzig. Credit-Anst	193.00	Oberschl. Eisenb.-Bd. do. Caro Hegg.	537. 0
Mitteld. Kreditbank	178 00	do. Kokswerke	319,75
Mitteld. Privatbank	215.00	Orenstein & Koppel	551,00
Nationalbank	205,00	Phönix Berg	451,00
Oesterr. Kredit	82.00	Rhein. Metall-Verz.	675,00
Reichsbank	152 00	Rhein. Stahlwaren	315,00
Industrie-Aktien:		Riebeck. Monten	580.00
Schultheiss-Brauerei	358 00	Rombacher Hütten	450 0
Akt. f. Anilin	462,00	Rositzer Braunk.	360,00
Allgem Elektr. Ges.	318,75	Rositzer Zucker	418,50
Ammendorfer Papierfabrik	475,00	Sangerhäuser Masch.	710,00
Anhalter Kohlenw.	342,00	Hugo Schneider A.-G.	349,00
Anneberger Steingut	—	Schuckert & Co.	270 00
Badische Anilin	564,00	Siemens & Halske	342,00
Bergmann Elektr. Akt.	261,00	Stettiner Chem.	476.00
Berl. Masch.-Bau	372,00	Stettiner Vulkan	307,50
Bismarckhütte	735,00	Stollberger Zinkh.	413,00
Bochumer Gußstahl	841,00	Strals. Spielkarten	—
Chem.-Fabr. Buckau	421 25	Thale-Eisenhütte	1140,00
		Triptis Porzellan	380.00
		Türk. Tabakregie	—
		Ver. Köln-Rottweiler	251.00
		Ver. Glanzstoff	798,00
		Wegelin & Hübner	285,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	888,00
		Westeregeln Alkali	169.50
		Wittener Gußstahl	665,00
		Zellstoff Waldhof	450.00
		Oberschl. Minen	760,00

Tendenz: schwach.

Gewinn-Auszug

der

16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 18. Ziehungstag 26. November 1920

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 50000 M 238839

2 Gewinne zu 5000 M 219111

3 Gewinne zu 3000 M 789 921 1470 5475 6037 7343 10626 28781 45147 45290 73187 77360 78508 78088 84574 88000 86791 95893 95697 99705 106163 117042 125439 144838 148789 149152 156910 161822 163777 167335 169777 172466 173815 183939 196319 196103 204624 206052 206317 213237 221383 224545 238151

210 Gewinne zu 1000 M 821 2267 3407 4119 4276 6686 9518 10688 11247 11498 16298 18057 18545 22233 22679 23030 26352 28209 30471 31840 33862 34676 43277 44672 45203 48841 49988 49956 52090 56272 57342 64000 65709 67265 71466 73037 736.7 74059 8 015 8 099 87044 89351 89859 90028 90434 93389 97285 97581 97710 101575 104377 105507 106328 108377 110020 115417 118463 124551 127059 129810 131502 132705 142255 144898 145812 145810 149567 156852 159261 161758 162127 164117 165122 166812 167002 169264 170571 172895 174933 176663 176684 181501 182081 182185 185373 186529 187027 189977 200116 200349 205832 207123 208853 210149 212960 217554 222287 222336 222831 222852 223058 224038 226512 227317

214 Gewinne zu 500 M 2857 6187 10001 11845 13711 14949 15545 19 05 28007 24087 25207 27668 31405 31455 32399 34017 36838 40311 41812 42661 48122 49491 50167 50779 52936 57872 58 47 61846 65520 66089 66696 68501 72003 76481 78649 78833 81893 82049 82082 83255 82878 83956 9.844 96079 98109 98781 99711 105019 105833 108756 110192 111 894 112978 114523 116266 117609 118148 118203 119608 120555 121905 124319 124681 129107 130814 135580 136099 136260 14 421 14 944 143715 143895 146778 147558 147988 154550 156679 158467 158477 161456 161835 163 84 166732 166058 171519 180050 180097 187423 189735 191659 194785 199189 199924 201476 205853 208238 211638 220101 221207 222165 222943 223524 2 4965 223583 230702 230743

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 50000 M 1046

2 Gewinne zu 75000 M 204313

2 Gewinne zu 10000 M 116481

2 Gewinne zu 5000 M 23123 53860 73648

58 Gewinne zu 3000 M 4215 10959 23850 24296 25472 26370 32030 36079 37672 46297 49880 50316 57119 83571 93612 94453 100699 118265 124131 138874 145207 156816 165873 169810 20030 208828 207661 217060 223902

194 Gewinne zu 1000 M 10018 16256 16844 19366 22956 29707 36218 38592 38823 39935 57183 58061 58395 59398 59 31 4 3824 4199 46452 47351 48531 57815 60045 74055 74451 75749 79031 80529 80534 90330 94605 102094 102982 103988 107309 112007 114114 114142 117938 118700 125943 126951 1 84 9 1 9044 131649 135 87 136192 136992 137112 140267 141880 147075 147383 147911 147989 152747 157 927 158161 158594 158587 162199 162637 16 743 168734 173316 174792 174903 175161 176797 178313 179751 180492 180622 181645 183064 192747 193467 193540 194136 194 59 194679 20 022 206284 206384 206169 211258 213144 217447 222125 223027 224.52 2 4999 226732 227033 226103 231756

224 Gewinne zu 500 M 6 5253 7465 12857 12933 14267 14734 15562 20319 20853 22310 24911 25867 28 80 28425 29 62 30748 30498 31067 35412 44527 44995 46472 49738 51737 5 003 53062 55372 56493 58305 61328 65 666 67805 69726 70063 72799 84214 84919 86303 86068 90295 95407 97209 97391 97846 98064 102620 108109 108301 108 84 109206 110334 110120 111920 115659 116863 116783 119442 119693 120145 122209 125093 126020 130108 130339 130826 131701 135611 137309 138260 139821 140748 141857 141630 142918 143222 144239 147753 149389 152092 160099 160978 161267 161844 163819 164306 165750 169126 170738 9 176305 176388 176807 179660 182105 183239 183937 190347 191053 193304 197404 200801 201858 203085 204552 206056 207612 211062 212617 218871 220419 222079 222718 223681 226873 229185 231398 232447

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margolia; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brintmann, für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger. Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201130017/fragment/page=0004